Thema

„Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich während der Covid-19-Pandemie weiter vertieft“

Ein Interview mit Christoph Butterwegge

Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt und 2017 für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert. Er gehört dem Gutachtergremium der Bundesregierung für den Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht an. Sein Buch „Ungleichheit in der Klassengesellschaft“ (183 Seiten, Ladenverkaufspreis: 14,90 Euro) ist im September 2020 im Kölner PapyRossa-Verlag erschienen.

Foto: Markus J. Feger

PL: *Herr Butterwegge, die Ursachen, das Ausmaß und die Erscheinungsformen von Ungleichheit gehören seit vielen Jahren zu Ihren Forschungsgebieten. Welche Bedeutung hat Ungleichheit denn für die politische Bildung?*

Christoph Butterwegge: Seit geraumer Zeit ist die wachsende Ungleichheit das Kardinalproblem unserer Gesellschaft, wenn nicht der gesamten Menschheit. Während daraus im globalen Maßstab ökonomische und ökologische Krisen, Kriege und Bürgerkriege resultieren, die wiederum größere Migrationsbewegungen nach sich ziehen, sind in Deutschland vor allem der gesellschaftliche Zusammenhalt und die repräsentative Demokratie bedroht. Deshalb muss sich die politische Bildung um das Thema der Ungleichheit intensiver kümmern.

Bis das als Sars-CoV-2 bekannte Coronavirus die Bundesrepublik Deutschland erreichte, war der Prozess einer sich rapide beschleunigenden Erderwärmung in aller Munde, und zwar völlig zu Recht. Denn zahlreiche Indizien deuten darauf hin, dass die vermehrte Emission von Treibhausgasen die Existenz der Menschheit in nicht allzu ferner Zeit gefährdet. Die drohende Klimakatastrophe darf von der wachsenden Ungleichheit aber ebenso wenig ablenken wie die Covid-19-Pandemie. Vielmehr bleibt es die Hauptaufgabe aller verantwortungsbewussten Menschen, die sozioökonomische Ungleichheit zu verringern und zu überwinden. Hierdurch würde die Welt gerechter und ihre Bewohner*innen könnten andere Probleme besser lösen. Darin liegt für mich auch eine große Chance, die nur aus existenziellen Krisen hervorgehen kann.

PL: *Sie sind von der Bundesregierung in das Gutachtergremium für den Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht berufen worden. Auch in Ihren Studien zur Ungleichheit verwenden Sie durchgängig das Gegensatzpaar Arm-Reich. Wie definieren Sie Armut und Reichtum?*

In der Fachliteratur unterscheidet man zwischen absoluter und relativer Armut. Von *absoluter* Armut ist betroffen, wer seine Grundbedürfnisse nicht zu befriedigen vermag, also die für das Überleben notwendigen Nahrungsmittel, sauberes Trinkwasser, eine den klimatischen Bedingungen angemessene Kleidung und Wohnung oder eine medizinische Basisversorgung entbehrt. Von *relativer* Armut ist betroffen, wer seine Grundbedürfnisse befriedigen, sich aber mangels finanzieller Mittel nicht oder nicht in ausreichendem Maße am gesellschaftlichen Leben beteiligen kann, sondern den allgemein üblichen Lebensstandard in seinem Land über einen längeren Zeitraum hinweg deutlich unterschreitet.

Reichtum kennt im Unterschied zur Armut weder eine starre Mindest- noch eine absolute Höchstgrenze. Wer reich ist, hat keine materiellen Probleme, muss nicht (mehr) erwerbstätig sein und kann auch ohne andere Einkünfte bis ans Ende seiner Tage komfortabel leben. Wer über entsprechenden Reichtum verfügt, kann sich Wunschträume im Hinblick auf Konsumgüter und Luxusartikel erfüllen, verfügt aber auch über größere Handlungs- und Entscheidungsräume in anderen Lebensbereichen. Berücksichtigt man die Niedrig-, Null- und Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), muss das Gesamtvermögen eines Haushalts schon über fünf bis zehn Millionen Euro betragen, um dessen Mitgliedern stabilen Reichtum zu garantieren.

PL: *Weicht Ihr Verständnis von den Indikatoren ab, die in den fünf Armuts- und Reichtumsberichten mit unterschiedlicher Gewichtung verwendet wurden oder die im Sechsten Bericht verwendet werden, der noch in Arbeit ist?*

Von dem Indikatorenmodell halte ich wenig, denn was ist willkürlicher, als 17 Armuts-, fünf Reichtums- und acht Querschnittsindikatoren zu konstruieren? Es mag simpel klingen, stimmt aber: Letztlich bemisst sich der Reichtum einer Person an der Art und dem Umfang ihres (Kapital-) Vermögens und die Armut einer Person an ihrem Einkommen, weil sie kein oder vielleicht sogar ein negatives Vermögen (Schulden) hat. Während des Covid-19-Lockdowns trat deutlich zutage, dass trotz eines verhältnismäßig hohen Lebens- und Sozialstandards sowie entgegen den Beteuerungen von politisch Verantwortlichen und Massenmedien, die Bundesrepublik sei eine „klassenlose" Gesellschaft mit gesicherter Wohlständigkeit all ihrer Mitglieder, ein großer Teil der Bevölkerung nicht mal für wenige Wochen ohne seine Regeleinkünfte auskommt.

Bei uns wird die Armut in aller Regel verharmlost und der Reichtum verschleiert. Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung sind zwar immer dicker, ihre Ergebnisse aber dünner geworden, weil es den regierenden Parteien weniger darum geht, die in Deutschland bestehenden Eigentums-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse präzise zu erfassen, als darum, sie zu rechtfertigen. Außerdem fehlen nicht empirische Daten, sondern politische Taten!

PL: *„Ungleichheit in der Klassengesellschaft" ist der Titel Ihres im September erschienenen Buches. Warum verwenden Sie den Klassenbegriff? Warum haben Sie nicht den Titel „Ungleichheit in der Schichtengesellschaft" gewählt? Die fünf bisherigen Armuts- und Reichtumsberichte sind mit „Lebenslagen in Deutschland" überschrieben, und der Begriff der Klasse taucht dort an keiner Stelle auf. Das Konzept der Lebenslagen scheint auch für den in Arbeit befindlichen Sechsten Bericht der Bezug zu sein.*

„Klassengesellschaft" ist ein Begriff, der hierzulande als Signalwort der marxistischen Linken verpönt ist und als Relikt des Industriezeitalters gilt, das längst überwunden und nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine „nivellierte Mittelschichtgesellschaft" (Helmut Schelsky) ohne tiefgreifende soziale Interessengegensätze abgelöst worden sei. Man muss allerdings kein Marxist sein, um zu erkennen, dass die Bundesrepublik weiterhin eine Gesellschaft mit wachsender Ungleichheit ist, deren Hauptgrund im fortwirkenden Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht.

Laut einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) entfallen mehr als Zweidrittel des Nettogesamtvermögens auf das oberste Zehntel der Verteilung, 35 Prozent konzentrieren sich auf das reichste Prozent der Bevölkerung und das reichste Promille kommt immer noch auf 20 Prozent des Nettogesamtvermögens. Auf dieser Datengrundlage wurde der Gini-Koeffizient berechnet. Dabei handelt es sich um ein Ungleichheitsmaß, das bei völliger Gleichverteilung (alle besitzen das gleiche) 0 und bei extremer Ungleichverteilung (einer besitzt alles) 1 beträgt. 0,83 für Deutschland entspricht fast dem US-amerikanischen Vergleichswert, was die Dramatik der Verteilungsschieflage zeigt.

Einerseits besitzen weniger als 45 hyperreiche (Unternehmer-)Familien in Deutschland inzwischen mehr als die ärmere Hälfte der Bevölkerung, d.h. über 40 Millionen Menschen. Denn diese ebenfalls vom DIW stammende Zahl ist älter und durch die jüngste Vermögensentwicklung bereits wieder überholt. Andererseits gehören zu den 40 Prozent der Bevölkerung, die kein nennenswertes oder sogar ein negatives Vermögen haben, hauptsächlich im Niedriglohnsektor beschäftigte Arbeiter*innen, Arbeitslose und Kleinstrentner*innen, die man der arbeitenden Klasse zurechnen muss.

Nach den Maßstäben der Europäischen Union galten im Jahr 2019 hierzulande über 13,3 Millionen Menschen als von Armut betroffen oder bedroht. Sie hatten weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Haushaltsnettoeinkommens zur Verfügung, was 1.074 Euro im Monat für Alleinstehende entsprach. Mit 15,9 Prozent erreichte die Armuts(gefährdungs)quote einen Rekordstand im vereinten Deutschland. Sehr viel höhere Armutsrisiken wiesen Erwerbslose (57,9 Prozent), Alleinerziehende (42,7 Prozent) und Nichtdeutsche (35,2 Prozent) auf.

Deutschland ist aber nicht allein deshalb eine Klassengesellschaft, weil es unvorstellbar Reiche (Multimilliardäre) auf der einen und ganz Arme (Wohnungs- und Obdachlose) auf der anderen Seite gibt, sondern weil die kapitalistische Wirtschaftsstruktur dafür sorgt, dass Reiche auf Kosten der Armen immer reicher werden. So hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich durch die Covid-19-Pandemie, die ökonomischen Folgen des Lockdowns für große Teile der Gesellschaft sowie die verteilungspolitische Schieflage der meisten Hilfsprogramme und Fördermaßnahmen des Staates in jüngster Zeit noch weiter vertieft.

PL: *In Ihrem kürzlich erschienenen Buch gehen Sie ausführlich auf die Bedeutung von Ungleichheit im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie ein. „Corona und gesundheitliche Ungleichheit" ist ein Kapitel überschrieben. Ihre zentrale These lautet: „Wer arm ist, muss eher sterben." Was meinen Sie damit?*

Man könnte meinen, dass vor einem Virus alle Menschen gleich sind. Bezüglich der Infektiosität von Coronaviren stimmt dies auch, im Hinblick auf das Infektionsrisiko allerdings nicht. So traf die Covid-19-Pandemie im Frühjahr alle Bewohner*innen der Bundesrepublik, aber keineswegs alle gleichermaßen. Je nach Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnissen und Gesundheitszustand waren sie vielmehr ganz unterschiedlich betroffen. Denn das Infektionsrisiko von Arbeitslosen, Armen und sozial Abgehängten war viel höher als das von Wohlhabenden oder Reichen. Sozial bedingte Vorerkrankungen wie Adipositas (Fettleibigkeit), Asthma, Diabetes mellitus (Zuckerkrankheit), Rheuma oder COPD (Raucherlunge), katastrophale Arbeitsbedingungen etwa in der Fleischindustrie sowie beengte und hygienisch bedenkliche Wohnverhältnisse erhöhten das Risiko für eine Infektion und für einen schweren Krankheitsverlauf. Der als Sars-CoV-2 bezeichnete Erreger machte Immun- und Einkommensschwächsten am stärksten zu schaffen.

PL: *Sie vertreten die Ansicht, dass die Covid-19-Pandemie polarisierend wirke. Wer sind denn aus Ihrer Sicht Gewinner und Verlierer der Pandemie?*

Obdach- und Wohnungslose, andere Bewohner*innen von Gemeinschaftsunterkünften wie Strafgefangene, Geflüchtete, (süd-)osteuropäische Werkvertragsarbeiter*innen der Subunternehmen deutscher Großschlachtereien bzw. Fleischfabriken und nichtdeutsche Saisonarbeiter*innen, Migrant*innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus, Menschen mit Behinderungen, Pflegebedürftige, Suchtkranke, Prostituierte, Erwerbslose, Geringverdiener*innen, Kleinstrentner*innen und Transferleistungsbezieher*innen (Empfänger*innen von Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Asylbewerberleistungen) gehören als Hauptleidtragende der Covid-19-Pandemie zu den Verlierer*innen. Durch monatelange Kontaktverbote, Ausgangsbeschränkungen und Einrichtungsschließungen wurde die ohnehin brüchige Lebensgrundlage der ärmsten Menschen (Bettler*innen, Pfandsammler*innen und Verkäufer*innen von Straßenzeitungen) zerstört, weil fehlende Passant*innen und die Furcht der verbliebenen davor, sich zu infizieren, manchmal zum Totalausfall der Einnahmen führten. Die finanzielle Belastung von Transferleistungsbezieher*inn en, Kleinstrentner*innen und Geflüchteten nahm durch die Schließung der meisten Lebensmitteltafeln weiter zu.

Unter dem Druck der Coronakrise, die zu Einkommensverlusten durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Bankrotten führte, haben mehr Familien bei Lebensmittel-Discountern eingekauft, um Haushaltsgeld zu sparen, wodurch die Besitzer von Ladenketten wie Aldi Nord und Aldi Süd, die ohnehin zu den vermögendsten Deutschen gehören, noch reicher geworden sein dürften. Schon vorher wurde das Privatvermögen von Dieter Schwarz, dem Eigentümer von Lidl und Kaufland, mit 41,5 Milliarden Euro (Stand: September 2019) veranschlagt.

Infolge der Coronakrise sind vermutlich auch mehr Girokonten von prekär Beschäftigten, Soloselbstständigen, Kurzarbeiter*innen und Kleinstunternehmer*innen ins Minus gerutscht, weshalb gerade die finanzschwächsten Kontoinhaber*innen hohe Dispo- und Überziehungszinsen zahlen mussten. Dadurch wurden jene Personen, denen die Banken oder Anteile daran gehören, noch reicher.

PL: *Sie kritisieren an den staatlichen Rettungspaketen, dass sie ärmeren Bevölkerungsgruppen nur am Rande geholfen haben. Was wären denn Ihre Alternativen staatlichen Handelns gewesen?*

Die befristete Gewährung eines Ernährungszuschlags von mindestens 100 Euro monatlich auf den Regelbedarf von Hartz IV, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie der Asylbewerberleistungen hätte es Armen erleichtert, mit geschlossenen Tafeln, von Hamsterkäufern leergekauften Regalen und gestiegenen Lebensmittelpreisen klarzukommen. Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Gewerkschaften haben sich dieser Idee angeschlossen, Sozialminister Hubertus Heil zumindest ein gewisses Verständnis erkennen lassen. Wenn die Miete wegen Verdienstausfalls oder ausbleibender Aufträge nicht bezahlt werden konnte, wäre eine Notfall-Komponente im Wohngeld die Lösung gewesen. Nicht bloß Kündigungen, Räumungsklagen und Zwangsräumungen, sondern auch Mieterhöhungen hätten für eine Übergangszeit ausgeschlossen werden können. Auch hätte ein Mindestkurzarbeitergeld den Absturz von temporär Beschäftigungslosen in die Armut verhindert. Geschehen ist wenig, obwohl Bund, Länder und Gemeinden fast über Nacht mehr als 1,5 Billionen Euro für Hilfsmaßnahmen, Kredite und Bürgschaften mobilisiert haben, die in erster Linie der Wirtschaft zugutegekommen sind.

PL: *Ungleichheit ist Ihrer Ansicht nach eine Ursache für ökologische, ökonomische und Finanzkrisen. Wie begründen Sie diese These?*

Mit ihrem Wachstumsparadigma und dem Imperativ der Profitmaximierung beschwört die für den Kapitalismus konstitutive Verwertungslogik ökologische Katastrophen geradezu herauf, denn im Mittelpunkt steht ja nicht der Schutz von Natur und Umwelt, sondern die Kapitalrendite. Die forcierte Kapitalakkumulation führt auch immer wieder zu Wirtschafts- und Finanzkrisen, ohne dass notwendige staatliche Regulierungsmaßnahmen für mehr als zeitweilige Entwarnung sorgen können.

Auf den ersten Blick scheint es so, als sei es angesichts der drohenden Klimakatastrophe viel dringlicher, die ökologischen Probleme zu lösen, als eine sozialökonomische Transformation und eine Überwindung des Kapitalismus in Angriff zu nehmen. Schaut man jedoch genauer hin, wird schnell klar, dass die sozioökonomische Ungleichheit ökologische Nachhaltigkeit verhindert. Deshalb muss das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem baldmöglichst überwunden werden, damit die Menschheit überleben kann.

PL: *Wenn der Gegensatz von Arm und Reich auf dem „Klassenantagonismus" beruht, wie Sie schreiben, was bedeutet das denn für die Forderung nach Sozialreformen zur Verringerung von Ungleichheit?*

Würde die materielle Ungleichheit nur individuell erlebt bzw. als soziale Ausgrenzung und Armut erlitten, könnte man das Verhalten der einzelnen Individuen für ihren sozialen Status verantwortlich machen und sie – wie es Neoliberale ja auch tun – zu Privatinitiative, Selbstvorsorge und Eigenverantwortung aufrufen. Handelt es sich dabei jedoch um ein Kollektivschicksal, sind die gesellschaftlichen Eigentums-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse für das Auseinanderdriften der Gesellschaft verantwortlich. Mich überzeugt, dass Marx und Engels die soziale Ungleichheit als strukturelles Problem und Armut wie Reichtum als dessen Ausprägungen begriffen haben. Es resultiert bis heute aus der Klassenstruktur einer Gesellschaft und reproduziert sich dort immer wieder.

Maßnahmen der Umverteilung von oben nach unten sind nötig und möglich, wenn auch nur gegen den Widerstand von materiell Privilegierten, Reichen und damit politisch Einflussreichen durchsetzbar. Gegenstrategien dürfen sich allerdings nicht darauf beschränken. Will man die Reproduktion der sozioökonomischen Ungleichheit dauerhaft unterbinden, muss vielmehr geprüft werden, ob die „Sozialpflichtigkeit" des Eigentums auch eine Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erfordert. In diesem Fall lässt das Grundgesetz (Art. 14/15) Sozialisierungsmaßnahmen durchaus zu.

PL: *Beinhaltet eine Krise wie die Covid-19-Pandemie Ihrer Ansicht nach denn auch Chancen, beispielsweise für soziale und politische Alternativen?*

In der Bevölkerung gab es nach Ausbruch der Pandemie eine große Hilfsbereitschaft. Man hat den „Held*innen des Alltags" applaudiert, Nachbarschaftshilfe organisiert, für ältere Bekannte eingekauft und den Menschen in „systemrelevanten" Berufen einen höheren Lohn gewünscht. Zwar lief nach dem Lockdown schon bald alles wieder in den gewohnten Bahnen und auch die Probleme der sozialen Risikogruppen gerieten erneut in Vergessenheit. Aber neben Gefahren wie einer mehr als notwendigen Einschränkung der Grundrechte durch Infektionsschutzmaßnahmen sowie einem unnötigen Ausbau des staatlichen Kontroll-, Überwachungs- und Repressionsapparates zur Durchsetzung von Hygienevorschriften, den manche Länder erlebt haben, bot die Coronakrise auch Chancen. So könnte sich etwa die Erkenntnis durchsetzen, dass eine neoliberale Sozial- und Gesundheitspolitik unserem Gemeinwesen schadet, dass der Markt einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat nicht ersetzen kann und dass Solidarität eher nützt als der Wettbewerbswahn und die Ellenbogenmentalität der Konkurrenzgesellschaft. Dann hätte das neuartige Virus am Ende auch etwas Gutes für unsere Gesellschaft bewirkt.

PL: *Herzlichen Dank für das Gespräch.*

Das Interview führte Kuno Rinke.